

Vortrag im Rahmen der von der Karl-Hermann-Flach-Stiftung veranstalteten Reihe: „Noch eine Chance für den Liberalismus?“ – Gedanken, Ideen und Diskussionen über die Zukunft des Liberalismus in Deutschland.

Der Vortrag fand am 28. April 2015 statt im Forschungskolleg Humanwissenschaften der Goethe-Universität in Bad Homburg v.d.Höhe

Bürger und Bürgergesellschaft als Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens

I. Einleitung

„Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.“¹ Diese Feststellung in *Wilhelm von Humboldts* drei Jahre nach der französischen Revolution verfassten Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ dürfte auch heute noch unverändert gültig bleiben. Es erscheint jedoch unabdingbar, diese Grenzen mehr als zweihundert Jahren später angesichts tiefgreifender Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ja vielleicht auch des Menschen selber neu abzustecken. Auf eines seiner Schlüsselwörter, dem der „Bildung“ werde ich jedoch noch mehrfach zurückkommen.

Sie werden verstehen, dass ich heute Abend nur einige Bereiche dieser heutigen Grenzen in den Blick nehmen kann. Dabei werde ich ein Themenfeld ausklammern, dass bei der Diskussion über eine liberale Gesellschaftsordnung oftmals im Vordergrund steht, manchmal auch als deren ausschließliches Thema: die Ordnung der Wirtschaft. Ohne deren Bedeutung schmälern zu wollen, wird dabei doch oftmals übersehen, dass die Freiheitlichkeit eines Gemeinwesens das Ensemble von Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik ausmacht. Für die Väter der sozialen Marktwirtschaft – *Ludwig Erhard, Walter Eucken* und vor allem *Alfred Müller-Armack*, der den Begriff der „Sozialen

¹ *Wilhelm von Humboldt*, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates

Marktwirtschaft“ geprägt hat, war das selbstverständlich.² Vor allem zu letzterem, zur Gesellschaftspolitik, möchte ich einige Aspekte beitragen. Ich will dies in vier Schritten versuchen: Ich beginne mit einem Blick auf den heutigen Bürger (II.), bevor ich auf einige Freiräume gesellschaftlicher Gestaltung eingehohe (III.). Ich beschreibe dann eingehend die Notwendigkeit einer aktiven Bürgergesellschaft (IV.), bevor ich in einer abschließenden Bemerkung einige Aspekte einer sozial-liberalen Gesellschaftsordnung skizzieren werde (V.).

II. Der selbstverantwortliche Bürger

Im Zentrum eines freiheitlichen Gemeinwesens steht der Einzelne. Das ist das Ergebnis vor allem von Reformation und Aufklärung, die den Einzelnen von den alten Bindungen von Ständen, Zünften, Clans, Leibeigenschaften und Religion emanzipiert haben. Diese zentrale Stellung des Individuums ist keinesfalls selbstverständlich, wie gerade heute beim Blick auf andere Gesellschaftsordnungen – etwa die Chinas oder auch der arabischen Länder – bewusst wird, in denen die Einbindung in ein Kollektiv den Einzelnen nach wie vor dominiert. Die Individualisierung hat sich seit dem 19. Jahrhundert enorm beschleunigt. Sie ist von vielen Soziologen als Prozess wachsender Atomisierung der Gesellschaft beschrieben worden.³ Und heute in der Selfie-Gesellschaft glaubt man eine neue Stufe der Entwicklung: hin zu einem Narzissmus des postmodernen Individuums erkennen zu können.⁴

Die Individualisierung war und ist verbunden mit einem Abbau eines selbstgestalteten Lebensumfelds: Der Erfinder des Begriffs des „Leistungsstaates“, der Jurist *Ernst Forsthoff*, spricht hier anschaulich von einer Schrumpfung des beherrschten Raumes des Einzelnen. Gemeint ist, dass der Einzelne immer weniger sich als Herr seines Lebensraumes – des Hofes, des Betriebes, des Hauses – gerieren kann und damit gleichzeitig wesentliche Sicherungen der individuellen Existenz verliert. Er lebt in einer artifiziellen

² Vgl. dazu *Rainer Klump*, Soziale Marktwirtschaft: Geistige Grundlagen, ethischer Anspruch, historische Wurzeln, in: O. Schlecht/G. Stoltenberg (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft, Freiburg i.Br. 2001, S. 17 ff., 32 ff., 53 ff.

³ Vgl. nur *David Riesman*, The Lonely Crowd. A study of the changing American Character (1950), ed. by T. Gitlin, New Haven/London 2001, dazu *Rudolf Steinberg*, Die Repräsentation des Volkes, Baden-Baden 2013, S. 55 ff.

⁴ Vgl. den französischen Soziologen *J.-P. Goff*, Interview in: *Le Nouvel Observateur*, 31.7.2014, S. 56 ff. und bereits *Ch. Lasch*, Das Zeitalter des Narzißmus, Hamburg 1995.

Welt, die durch Wissenschaft und Technik geprägt ist. Er bedarf damit organisierter Vorkehrungen, umfangreicher Versorgungs- und Verwaltungsapparaturen, um in den Genuss dessen zu kommen, was er lebensnotwendig braucht. Für *Forsthoff* – den konservativen Staatsrechtslehrer – kommt dazu nur der Staat in den Blick: „So lebt der moderne Mensch nicht nur im Staat, sondern auch vom Staat. Der Verlust des beherrschten Lebensraums und der mit ihm gegebenen Daseinsreserven setzt ihn dem Staate aus,“ so folgert er.⁵

Aber beschreibt *Forsthoff* die heutige Realität des Staates nicht zutreffend? Denn dieser gewährleistet nicht nur die äußere und innere Sicherheit, ordnet als Rechtsstaat das Zusammenleben der Gesellschaft – diese beiden Funktionen kennt auch *Humboldt* –, sondern ist lenkender, leistender, umverteilender Sozialstaat, mittlerweile auch Umweltstaat.⁶ Als Folge ist eine zunehmende Bürokratisierung dieser Aufgabenwahrnehmung zu verzeichnen und damit einer wachsenden Bürokratie, die schon *Max Weber* als „lebende Maschine“, als „Gehäuse der Hörigkeit“ kennzeichnet, aus dem es kein Entrinnen gibt.⁷ Und so kommt es zu dem Paradoxon: Die Mechanismen, die für den Einzelnen die Voraussetzungen seiner Existenz schaffen sollen, ihn somit von den Unwägbarkeiten seiner Existenz befreien sollen, machen ihn abhängig und damit unfrei. Die freiheitsfördernde Absicht des modernen Staates kehrt sich in sein Gegenteil. Schon *Friedrich Naumann* geißelt vor mehr als 100 Jahren die „staatssozialistischen Gedanken“, die der Sozial- und Wirtschaftspolitik *Bismarcks* zugrundeliegend zum Bedeutungsverlust der Nationalliberalen Partei geführt hatten.⁸ „Der Staat soll sich in alles mischen, soll alles wirtschaftlich regeln, soll dämpfen, hemmen und viele Gesetze machen“, so klagt er.⁹ *Naumann* sieht aber auch, wer „der Staat“ ist: „die obere Beamenschaft, von der alle verwaltenden und kontrollierenden Tätigkeiten ausgeführt werden sollen.“¹⁰ Schon für die Zeit des Deutschen Reiches nach 1871 muss die Bemerkung *Naumanns* ergänzt werden: Die „obere Beamenschaft“ stand auch im Bismarck-Reich in engem Kontakt mit einer Vielzahl von Interessengruppen,

⁵ Vgl. *Ernst Forsthoff*, Verfassungsprobleme des Sozialstaats (1961), jetzt in: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, hrsg. v. E. Forsthoff, Darmstadt 1968, S. 144 ff.

⁶ Vgl. *Rudolf Steinberg*, Der ökologische Verfassungsstaat, Frankfurt 1998.

⁷ Vgl. *M. Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. Tübingen 1972, S. 834 f.

⁸ Vgl. *Friedrich Naumann*, Die politischen Parteien, Berlin 1910, S. 25.

⁹ Ebd., S. 71.

¹⁰ Ebd., S. 70.

ja förderte gar deren Entstehung.¹¹ Diese manchmal symbiotische Beziehung zwischen Staat – und hier vor allem Ministerialverwaltung - und Verbänden lässt sich in gewisser Weise als Charakteristikum des interventionistischen Staates verstehen. Staat und Verbände sind – heute nicht weniger als vor 100 Jahren - voneinander abhängig, ja sie befördern wechselseitig ihre Proliferation. Dass dieses System von Einflussnahme und staatlicher Intervention nicht zu einem ausgewogenen Parallelogramm der Kräfte, sondern oftmals zu Verbiegungen einer gemeinwohlorientierten Politik führt, kann hier nur angedeutet werden.

Es erscheint bemerkenswert, dass *Naumanns* Warnung vor dem „Bevormundungsstaat“¹² heute von einem Nachfahren der Frankfurter Schule, *Jürgen Habermas*, geteilt wird. Dieser beklagt die „Einäugigkeit“ des sozialstaatlichen Projekts, dem ein Widerspruch zwischen Ziel und Methode innewohne. So überziehe ein immer dichteres Netz von Rechtsnormen, von staatlichen und parastaatlichen Bürokratien den Alltag der potentiellen und tatsächlichen Kunden. *Habermas* spricht von der verdinglichenden und subjektivierenden Gewalt, die sich bis in die feinsten kapillarischen Verästelungen der Alltagskommunikation verfolgen lasse. Dies bewirke „die Verformung einer reglementierten, zergliederten, kontrollierten und betreuten Lebenswelt“, die gewiss sublimer sei als die handgreiflichen Formen von materieller Ausbeutung und Verelung, aber nicht weniger destruktiv.¹³ Er beklagt die „Krise des Wohlfahrtsstaates“, die wegen einer Bürokratisierung der Lebenswelt in breiten Schichten als Gefährdung empfunden werde und zu einer Krise der sozialen Integration führe.¹⁴

Hat so der Verlust des beherrschten Lebensraumes zu einer ambivalenten sozialstaatlichen Gegenstrategie geführt, so ist damit gleichzeitig dessen Gerant, der Bürger, verloren gegangen oder hat jedenfalls an Bedeutung eingebüßt. Die Publizisten *Joachim Fest* und *Wolf Jobst Siedler* haben vor wenigen Jahren ein Gespräch veröffentlicht unter dem Titel „Der lange Abschied vom Bürgertum“.¹⁵ Was verstehen sie darunter? Ihre zentrale These lautet, dass das

¹¹ Dazu *R. Steinberg*, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Der Staat und die Verbände*, Darmstadt 1985, S. 1 ff.

¹² *Naumann*, a.a.O., S. 98.

¹³ Vgl. *Jürgen Habermas*, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main, 1985, S. 151.

¹⁴ Vgl. ders., *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2, *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt am Main 1997, S. 530 ff.

¹⁵ *Joachim Fest/Wolf Jobst Siedler*, *Der lange Abschied vom Bürgertum*, Berlin 2005.

Bürgertum, das seit der Französischen Revolution als der Dritte Stand auf die Bühne der Geschichte getreten ist, abgedankt hat. Dabei machen sie deutlich, dass das Bürgertum des 19. Jahrhunderts in Deutschland nach der gescheiterten Revolution 1948/49 anders als in Frankreich, der Schweiz und Großbritannien, erst recht anders als in den USA zwar wirtschaftliche und wissenschaftliche Höchstleistungen erbracht hat, politisch als entscheidende Größe jedoch gescheitert war. Die politische Schwäche des Bürgertums in Deutschland wurde schmerhaft sichtbar im Scheitern der Weimarer Republik, wo sich zu wenige Bürger fanden, um sich – so *Rüdiger Safranski* – dem „Salto mortale in die Primitivität“¹⁶ zu widersetzen, ja wo sogar – wie es *Hannah Arendt* nannte – ein „Bündnis zwischen Mob und Elite“¹⁷ möglich wurde.

Die Reste eines Bürgertums wurden dann aufgesogen von der „Volksgemeinschaft“, soweit sie nicht vertrieben oder vernichtet wurden. Dies war nicht zuletzt das Schicksal eines starken Bürgertum mit jüdischen Wurzeln in der Stadt Frankfurt am Main, das etwa in den Personen von bedeutenden Industriellen wie *Arthur von Weinberg* oder *Wilhelm Merton* zu den Mitgründern der Frankfurter Universität 1914 gehört hatte.¹⁸

Wodurch zeichnete sich diese Art des Bürgertums aus? Als einen derartigen „Bürger alten Stils“ beschreibt der Frankfurter Historiker *Lothar Gall* den Bankier *Hermann Josef Abs*. Zu den Grundbedingungen, zu den Grundvoraussetzungen einer solchen bürgerlichen Existenz zählte für *Abs* – so *Gall* – das Gleichgewicht zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen der Hinwendung zu den dem Einzelnen gestellten Aufgaben des Gemeinwesens und der Bewahrung und Sicherung des individuellen, des persönlichen Bereichs. „Dazu gehörte für ihn vor allem die feste Bindung an die ihm von früh auf vermittelte, durch das Elternhaus vorgelebte bürgerliche Welt- und Lebensauffassung mit ihren Normen, ihren Schwerpunkten, mit ihrer Einbeziehung von Kunst und Wissenschaft als tragenden Elementen menschlicher Existenz, aber auch die Bindung des Handelns an die Idee des Gemeinwohls und die Verpflichtung auf das Gemeinwesen, ohne darüber den Geist und die Antriebskräfte des Individualismus, individualistische

¹⁶ *Rüdiger Safranski*, Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, München 1994, S. 272.

¹⁷ *Hannah Arendt*, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 1986, S. 528.

¹⁸ Vgl. etwa *Monika Groening*, Leo Gans und Arthur von Weinberg, Frankfurt am Main 2012; *Ralf Roth*, Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität, Frankfurt am Main 2010.

Lebensformen und Lebensziele preiszugeben.“¹⁹ Und ähnlich urteilt *Klaus Hildebrand*, Zeithistoriker aus Bonn, *Abs* sei trotz aller Fährnisse ein Bürger geblieben, „vielleicht der letzte des Jahrhunderts“.²⁰

Es mag sein, dass es auch heute noch einzelne Persönlichkeiten gibt, auf die diese Beschreibung mehr oder weniger zutrifft – einige Namen werde ich später noch nennen. Aber auch sie sind nicht mehr Teil einer sozialen Trägerschicht, die als solche verschwunden ist – in Frankfurt am Main in der Nazizeit auch vertrieben oder wie *Arthur von Weinberg* ermordet. Wer ist an die Stelle des von *Gall* mit viel Sympathie gezeichneten Bürgertums getreten?

In gewisser Weise ist es „Das Regime der Manager“, wie es *James Burnham* in seinem 1940 verfassten Klassiker beschrieben hat. Aus dem Bankier ist der Banker geworden. Dieses Regime zeichnet sich aus durch die Trennung von Eigentum und Verfügungsbefugnis, durch Spezialisierung und Verwissenschaftlichung, verloren gegangen ist die Ganzheitlichkeit der Persönlichkeit, die Verbindung von individuellem Erfolgs- und auch Gewinnstreben mit der Verantwortung für das Gemeinwesen. Und ich fürchte, dass sich diese Entwicklung in den letzten Jahren dramatisch verschärft hat. Erleben wir doch die Entstehung einer Art globaler Elite von Peers, die mehr miteinander gemeinsam haben als mit ihren Landsleuten. Ob sie ihren Wohnsitz in New York, Singapur, London oder Frankfurt haben, so stellen sie zunehmend eine eigene globale Nation dar. Wir erleben hier keine soziale Trägerschicht, die auch in Verantwortung für das Gemeinwesen handelt, sondern eine globale Gruppierung, die zunehmend in einer Art Parallelgesellschaft lebt – der Londoner Sozialwissenschaftler *Anthony Giddens* nennt sie „die sozial Ausgeschlossenen an der Spitze“. Ihr Ziel scheint vor allem die Mehrung ihres persönlichen Vermögens durch Einkommen, Optionen und Boni zu bestehen, zu den öffentlichen Lasten durch Steuern beizutragen betrachten sie als Zumutung.²¹ Hier deutet sich in den westlichen Ländern eine wachsende Spaltung der Gesellschaft an, die vor allem auch in Deutschland mit seinem ausgeprägten Gleichheitsempfinden die Legitimität unserer gesellschaftlichen Ordnung gefährden und so eine erhebliche Sprengkraft entfalten könnte.

¹⁹ *Lothar Gall*, Der Bankier Hermann Josef Abs, München 2004, S. 409.

²⁰ FAZ v. 17.11.2004.

²¹ Dieses Problem beschreibt anschaulich *Peer Steinbrück*, Unterm Strich, Hamburg 2010, S. 251 f.

Situationen, in denen in ähnlicher Weise der übermäßige Erwerbstrieb kritisiert wurde, sind in der Geschichte nicht neu. So geißelte *Alexis de Tocqueville* Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich „die Begierde, um jeden Preis reich zu werden, die Neigung Geschäfte zu machen, die Gewinnsucht, das Streben nach Wohlleben und sinnlichen Genüssen“ als „die übelsten Leidenschaften“.²² Zuvor hatte bereits der französische Premier *Guizot* seinen Landsleuten zugerufen: „Enrichissez vous“ (Bereichert Euch). Und einige Jahrzehnte später beklagte *Jakob Burckhardt* „die nochmalige Steigerung des Erwerbsinns“, die besten Köpfe wendeten sich auf das Geschäft, und er fragt: „Welche Klassen und Schichten werden fortan die wesentlichen Träger der Bildung sein? Welche werden die Forscher, Künstler und Dichter liefern, die schaffenden Individuen?“²³ Sind wir heute wieder, wie in dem „goldenem Zeitalter der 70er Jahre“ des vorletzten Jahrhunderts in einer Zeit, in der die Kultur des Konsums die der Bürgerlichkeit verdrängt, wie der große, jüngst verstorbene amerikanische Politikwissenschaftlicher *Robert A. Dahl* befürchtet?²⁴ Mit einer gewissen Fassungslosigkeit hat auch jüngst der Göttinger Politikwissenschaftler *Franz Walter* in der zweiten BP-Gesellschaftsstudie von dem Ergebnis einer Befragung von 150 deutschen Unternehmern und Managern berichtet: „Es ist wirklich erstaunlich, wenn Sie der wirtschaftlichen Elite des Landes gegenüber sitzen und dabei vielfach auf Sprachlosigkeit bezüglich Gesellschaft, bezüglich der Politik, bezüglich der Zukunft usw. treffen.“²⁵ Dazu kam der Eindruck, dass diese Personen sich persönlich auch wenig gesellschaftlich engagierten. Eine Ausnahme sieht er nur bei den konfessionell Gebundenen.

Ist somit der Bürger als soziale Kategorie weitgehend verloren gegangen, so bleibt die Bedeutung bürgerlicher Werte bestehen. „Bürgerlichkeit ohne Bürgertum“ nennt dies eine neuere sozialwissenschaftliche Studie.²⁶ Wodurch sich Bürgerlichkeit auszeichnet, hat *Gall* - ich wiederhole - bündig beschrieben: die Verbindung des Öffentlichen mit dem Privaten, die Bindung des Handelns an die Idee des Gemeinwohls und die Verantwortung für das Gemeinwesen. Gerade diese Werte hat *Walter* bei seinen Gesprächspartnern – Angehörigen der wirtschaftlichen Elite unseres Landes – vermisst. Es geht beim Bürger – Sie erinnern sich - um „die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte

²² *Alexis de Tocqueville*, Der alte Staat und die Revolution, Münster 2007, S. 15 (Vorwort).

²³ *Jakob Burckhardt*, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Berlin 1905, S. 206.

²⁴ *Robert A. Dahl*, On Political Equality, New Haven/London 2006, S. 90.

²⁵ *F. Walter/St. Mang*, in: Rotary-Magazin 4/2015, S. 60 ff. 64.

²⁶ *Heinz Bude/Joachim Fischer/Bernd Kaufmann* (Hrsg.), Bürgerlichkeit ohne Bürgertum, München 2010.

zu einem Ganzen“. Der Einzelne soll in die Lage versetzt werden, sich selber in der Welt zurecht zu finden, zu erkennen, welche Möglichkeiten selbständiger Lebensgestaltung er besitzt und wie er davon in eigener Verantwortung Gebrauch machen kann. Und hier sind wir wieder bei *Wilhelm von Humboldt*, der dies zur zentralen Aufgabe der von ihm vor mehr als 200 Jahren neu konzipierten Universität in Berlin erklärt hat: „Nur die Wissenschaft, die aus dem Innern stammt und ins Innere gepflanzt werden kann, bildet auch den Charakter um, und dem Staat ist es ebenso wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun.“²⁷ Bildung vermittelt demnach nicht nur die kognitiven Fähigkeiten, sondern bedeutet auch Bildung des Charakters, die den Einzelnen in die Lage versetzt und – da stimme ich mit *Rainer Hank* überein²⁸ – ermutigt, die Gestaltung seines Lebens wie auch des Gemeinwesens – tua res agitur – selber in die Hand zu nehmen.

Natürlich vermitteln eine so verstandene Bildung nicht nur Schule und Universität, sondern auch andere Institutionen wie Kunst und Medien, Familie oder Kirche. Doch je schwächer deren Beitrag zur Bildung des Einzelnen ausfällt, desto größer wird die Verantwortung des Staates, diese vorzusehen oder zu gewährleisten. Und entscheidet sich vor allem durch Bildung und nicht mehr oder immer weniger durch den Erwerb des beherrschten Lebensraumes der Lebensorfolg des Einzelnen, die Fähigkeit, ein erfülltes, selbstgestaltetes Leben – in Beruf und Privatleben – zu führen, so zeichnet sich ein freiheitliches Gemeinwesen dadurch aus, dass es allen seinen Bürgern die Chance gibt, sich zu bilden. Chancengleichheit ist das Gegenteil von Privilegien, Klassen und Kasten. Wie das in der Praxis umzusetzen ist, wird zu Recht kontrovers diskutiert. Aber kann man bestreiten, dass sich oftmals hinter der Ablehnung von Änderungen im Schulbereich – paradigmatisch möchte ich den Hamburger Volksentscheid „Wir wollen lernen“ nennen – die Sorge um die Verteidigung des sozialen status quo verbirgt? Der Chancengleichheit im Bildungsbereich ist allerdings auch nicht gedient – das ist genauso zu betonen - mit einem Abbau von Leistungsanforderungen, mit der Nivellierung von Qualifikationsniveaus. Wir brauchen die Leistungsstarken und Leistungsbereiten in allen gesellschaftlichen Bereichen!

²⁷ *Wilhelm von Humboldt*, Antrag auf Errichtung der Universität Berlin, Juli 1809, in: Gelegentliche Gedanken für Universitäten, hrsg. v. E. Müller, Leipzig 1990, S. 267 ff., 276.

²⁸ *R. Hank*, Die Pleiterepublik, München 2012, S. 422 ff.

Investitionen im Bildungsbereich, in das Humankapital, sind – so zeigt jetzt auch eine Studie der OECD – nicht nur das wirksamste Mittel, der wachsenden ökonomischen Ungleichheit in vielen Ländern entgegenzuwirken, sondern auch die Innovationsfähigkeit und damit das wirtschaftliche Wachstums eines Landes zu befähigen.²⁹ Bildung wird aber auch für die Immigranten zum Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft. Hier muss der Staat nicht nur ein überzeugendes Angebot etwa zum Spracherwerb oder Bildungsabschluss machen, sondern auch klare Erwartungen an das Engagement der Immigranten und ihrer Familien formulieren.

III. Freiräume eigener Gestaltung am Beispiel der Hochschulen

Freiheitlichkeit eines Gemeinwesens bedarf allerdings auch Räume freier Entscheidung und Selbstverantwortung der Bürger. Diese Räume sollte der Staat respektieren, sie sollte er schaffen. Es wird Sie nicht wundern, dass ich hier auf das Beispiel der Hochschulen eingehe. Diese waren bis vor gut 15 Jahren hoch zentralistisch reglementiert. Schlüsselworte sind hier: das Hochschulrahmengesetz aus dem Jahre 1976, aber auch das Numerus Clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1972. Aus der Erkenntnis, dass die deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb zunehmend zurückfielen, erwuchs die Einsicht, sie aus der bürokratischen Umhegung befreien zu müssen, ihnen die Befugnis zu geben, kraft ihrer Sachkunde und ihres Einfallsreichtums vor Ort eigenständige Lösungen für Lehre und Forschung zu finden. Aus nachgeordneten Behörden der Wissenschaftsministerien wurden Teilnehmer des internationalen Wettbewerbs auf den Bildungs- und Wissensmärkten. Wettbewerb trieb die Hochschulen aus dem Elfenbeinturm, ließ das Bewusstsein zurückkehren – das bereits den preußischen Universitätsgründern wie *Humboldt*, *Schleiermacher* oder *Fichte* eigen war -, dass die Hochschulen für die Gesellschaft (und nicht etwa die Idiosynkrasien der Professoren) da sind. Das Ergebnis stellte auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Theorie und Praxis dar, auf die in der Wissensgesellschaft ein Land angewiesen ist. Die hessische Hochschulpolitik – beginnend mit der Wissenschaftsministerin *Ruth Wagner*, fortgeführt von *Udo Corts* - stellt hier einen der Vorreiter einer liberalen Hochschule dar. Den Höhepunkt dieser Entwicklung markiert zweifellos die Umwandlung der Goethe-Universität in eine Stiftungsuniversität, die damit zu ihren Wurzeln zurückkehren konnte. Auch in anderen Bundesländern war die Entwicklung

²⁹ Vgl. Le Monde v. 9.12.2014: „Les inégalités s'accroissent et freinent la croissance“.

ähnlich, und sie war erfolgreich: Wenn sich andere gesellschaftliche Bereiche in Deutschland in gleichem Maße gewandelt hätten, stünde das Land heute besser dar. Allerdings haben die Ideologen bürokratischer Bevormundung nicht aufgehört, dies als Ökonomisierung und Verirrung des Neo-Liberalismus zu denunzieren. Leider nicht ganz erfolglos, wie man in NRW sieht, wo die rot-grüne Landesregierung gegen den geschlossenen Widerstand aller Hochschulpräsidenten deutlich den Rückwärtsgang eingelegt hat.

An einer Stelle ist leider auch die hessische Hochschulpolitik gescheitert: bei der Einführung von Studiengebühren. Diese dienten ja nicht nur einer besseren Finanzierung der Hochschulen. Sie hatten vor allem auch den Zweck, den Studierenden das Bewusstsein des persönlichen Engagements und des selbstverantwortlichen Investments in ihre eigene Zukunft zu vermitteln und so zu einer intensiveren Verbindung mit ihrer Hochschule auch später – wie internationale Erfahrungen zeigen – als alumni zu führen. Dafür dass das Gesetz sozialverträglich ausgestaltet war und damit die Chancengleichheit nicht verletzt hat, hatte ich mich auch persönlich – wie viele meinten: erfolgreich – eingesetzt. Sie wissen, Rot-Rot-Grün hat als eine ihrer ersten Maßnahmen Anfang 2008 die Studiengebühren abgeschafft: Warum? Weil Deutschland ein sozialistisches Land ist!? So die Einschätzung des Präsidenten der Universität von Chonching, nachdem er mir von den relativ hohen Studiengebühren an seiner angesehenen chinesischen Hochschule berichtet hatte. Ich betrachte es als einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass ungeachtet der Abschaffung der Studiengebühren in mittlerweile allen Bundesländern – zuletzt auch in Bayern - die Hochschulrektorenkonferenz unlängst deren Wiedereinführung gefordert hat. Ich habe allerdings Zweifel, ob sich in absehbarer Zeit nochmals eine Landesregierung an dieses heiße Thema wagen wird.

Das Beispiel aus der Bildungspolitik zeigt schon deutlich, dass ein freiheitliches Gemeinwesen auch im gesellschaftlichen Bereich durchaus staatlicher Aktivitäten bedarf, sei es der Setzung eines Rahmens, eines ordo wie in der sozialen Marktwirtschaft, sei es der Schaffung der Voraussetzungen und der Gewährleistungen, damit der Einzelne die vor allem auch grundrechtlichen Freiheiten genießen kann. Dafür bedarf es eines handlungsfähigen Staates mit verantwortlichen Institutionen. Diese sind zu pflegen und zu stärken, damit sie ihre Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl auch wahrnehmen können.

Das zeigt: Ein Gemeinwesen ist nicht umso freiheitlicher, je weniger Staat existiert! Im Gegenteil: Ein freiheitliches Gemeinwesen ist auf einen starken Staat angewiesen. Das Entscheidende sind freilich die Maßstäbe für staatliche Aktivitäten. Wie auch anderswo entscheidet die Dosis über die manchmal schmale Grenze zwischen Medizin und Gift. Dabei sind sowohl die Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeiten als auch – wie es der Philosoph *Wolfgang Kersting* in seiner Streitschrift „Verteidigung des Liberalismus“ nennt – „die Ärmlichkeit der kognitiven Ausstattung des Menschen“³⁰ in Bedacht zu nehmen. Aber dies sind Fragen nach der heutigen Rolle des Staates, die ich nur andeuten, aber nicht beantworten kann.

IV. Die aktive Bürgergesellschaft

Bislang kann der Eindruck entstehen, als ginge es in einem Gemeinwesen allein um das Gegenspiel von Staat und dem Einzelnen. Dabei wird jedoch verkannt, dass der Einzelne trotz der eingangs beschriebenen Individualisierung sich immer noch in zahlreichen sozialen Verbindungen befindet. Deren Charakter hat sich jedoch seit dem 19. Jahrhundert weitgehend geändert: Sie stellen nicht mehr Korporationen dar, in die der Einzelne gleichsam hineingeboren wird oder denen er sich aus anderen, z.B. beruflichen Gründen, nicht entziehen kann. Stattdessen schließt er sich freiwillig zu Vereinigungen, zu Assoziationen zusammen. Zu Recht sind deshalb noch heute existierende Zwangsverbände kritisch zu sehen.

Die überragende Bedeutung der Assoziationen ist unübertrefflich von *Alexis de Tocqueville* in seinem in den 30er Jahren des vorletzten Jahrhunderts verfassten Reisebericht über die Vereinigten Staaten von Amerika geschildert worden.³¹ Hier traf er auf ein vielfältiges Vereinsleben. Dieses versteht er ganz wesentlich als Grundlage der persönlichen Existenz des Einzelnen ebenso wie als Garantie eines freiheitlichen Gemeinwesens. In keinem Land der Welt sei das Prinzip der Assoziationen erfolgreicher und für eine größere Anzahl von Zielen genutzt worden als in Amerika. Grund hierfür sei das Vertrauen der Bürger in ihre Fähigkeit, durch *eigene* Anstrengungen die Übel und die Schwierigkeiten des Lebens bewältigen zu können, ohne gleich nach dem Staat zu rufen; dieser

³⁰ *W. Kersting*, Verteidigung des Liberalismus, Hamburg, 2. Aufl. 2010, S. 151.- Dazu auch eingehend *Steinberg*, Repräsentation, a.a.O., S. 31 ff.

³¹ *Alexis de Tocqueville*, De la démocratie en Amérique, Paris 1986, Bd. I, 2. Teil, Kap. IV u. Bd. II, 2. Teil, Kap. VII.

würde eher misstrauisch und ängstlich betrachtet und nur im äußersten Notfall seine Hilfe in Anspruch genommen. Die Assoziationen werden so zum Kern der bürgerlichen Freiheit. Sie stärkten die Kraft des Einzelnen und schützten ihn vor der Tyrannie der Mehrheit, die in der Demokratie eine große Gefahr darstelle. Durchaus in Anknüpfung an *Tocqueville* hat in den letzten Jahren der amerikanische Politikwissenschaftlicher *Robert Putnam* die Bedeutung freier Vereinigungen in einem neuen Konzept des Sozialkapitals herausgearbeitet.³²

Ob die Fähigkeit zur Selbstorganisation heute nachgelassen, ist eine spannende Frage, auf die es keine klaren Antworten gibt. *Putnam* selber hat diese Frage in seinem berühmten Vortrag „Bowling alone“ bejaht. Auch in Deutschland gibt es Anzeichen einer Schwächung, so etwa wenn Leitungsfunktionen in Vereinsämtern nicht oder nur noch schwer zu besetzen sind. Über Eines sind sich aber wohl alle einig: Die Form der Zusammenschlüsse hat sich gewandelt.³³ Im Vordergrund steht weniger die stark rückläufige Zugehörigkeit zu formellen Organisationen, z.B. Kirchen, Gewerkschaften oder politischen Parteien, als vielmehr das Aufkommen von mehr oder weniger dauerhaften „Bewegungen“, die sich oftmals gegen die als abgekoppelt empfundenen Eliten wenden. Stuttgart 21, die Montagsdemonstrationen am Frankfurter Flughafen und neuerdings PEGIDA geben davon Zeugnis. Selbst die auf den ersten Blick gesichert dastehenden Sportvereine klagen über Schwierigkeiten, ihre Leitungsfunktionen besetzen zu können. Demgegenüber sprühen überall die Fitness-Studios – in den letzten Jahren sollen es 11.000 gewesen sein - aus dem Boden, wo man sich ohne zeitliche und persönliche Verbindlichkeiten für Beruf und Gesundheit fit hält. Neue Formen körperlicher Betätigung wie inline-skating, jogging oder mountenbyking kommen ohne organisatorische Verbindungen aus. Und auch die deutschen Rotary-Clubs beklagen immer wieder ihre Überalterung wegen der Schwierigkeiten, junge Mitglieder zu gewinnen. „Alles Trommeln und Pfeifen der jüngsten Zeit hat nichts bewirkt“, heißt es im gerade erschienenen Rotary-Magazin. Angesichts dieses Befundes können wir in Frankfurt/Rhein-Main – wie die Hertie-Studie FrankfurtRheinMain 2010³⁴ gezeigt hat - ein wenig stolz darauf sein, dass die bürgerschaftliche Kultur hier stärker ist als in anderen Teilen Deutschlands, und

³² *Robert D. Putnam*, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

³³ Vgl. dazu *Steinberg*, Repräsentation, a.a.O., S. 70 ff.

³⁴ Hertie-Studie FrankfurtRheinMain, hrsg. von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main 2010, S. 99 ff.

auch die hohe Dichte der gemeinnützigen Stiftungen nur von einer Stadt in Deutschland – ich denke, gemeint ist Hamburg - übertroffen wird.

Warum nun sind Assoziationen so wichtig, ja unentbehrlich für ein demokratisches, freiheitliches Gemeinwesen? Eine wichtige Antwort hat bereits *Tocqueville* gegeben. Darüber hinaus: Sie decken das breite Spektrum menschlicher Aktivitäten ab: kultureller, sportlicher, geselliger, religiöser und weltanschaulicher, karitativer, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Art. Sie unterstützen den Einzelnen bei der Gestaltung seines Alltags, machen staatliche Aktivitäten nach dem Grundsatz der Subsidiarität entbehrlich, geben den Mitgliedern die Möglichkeit sozialer Gestaltung, der Erfahrung sozialer Verantwortung und verschaffen Selbstrespekt und Anerkennung. Assoziationen bringen den Einzelnen in Kontakt mit anderen und führen darüberhinaus durch die Crossmitgliedschaft – „overlapping membership“ nennt dies einer der Begründer der amerikanischen Gruppentheorie, *David B. Truman*³⁵ - in verschiedenen Vereinigungen zu deren Vernetzung. Sie lassen sich so verstehen als das Myzel eines demokratischen Gemeinwesens, das auf dem Engagement seiner Bürger beruht.

Einen anderen Aspekt hat *Friedrich von Hayek* im Blick: In kleinen Gruppen können unterschiedliche Regeln ausprobiert werden, die graduell und versuchsweise Änderungen erlauben und die Chance zur Auswahl der wirkungsvollsten geben. So betont er die Bedeutung zahlreicher Assoziationen, „not only for the particular purposes of those who share some common interest, but even for public purposes in the true sense.“³⁶ Diese Gruppierungen ermöglichen – wie *Hayek* weiß – neue Ideen, Innovationen, die unabdingbar sind, um die großen Probleme der Menschheit – Ernährung, Energie, Gesundheit und Umwelt - zu lösen. Sie leben von – freilich nicht unbegrenzter – Differenz, die der politischen und rechtlichen Absicherung bedarf: Subsidiarität und Föderalismus erscheinen mir als die wichtigsten Mechanismen.

Die Organisationsform der Gruppierungen mag unterschiedlich sein, Vereine, rechtsfähig oder nicht-rechtsfähig, Stiftungen, andere nicht-wirtschaftliche, gemeinnützige Gesellschaften, schließlich Gruppierungen mit einer schwachen organisatorischen Ausprägung, manchmal aus Versammlungsmengen stammend

³⁵ *David B. Truman*, The Governmental Process, 14. Aufl. New York 1967.

³⁶ *Friedrich von Hayek*, Law, Legislation and Liberty, vol. 2, London 1982, S. 151.-Vgl. auch *ders.*, The Constitution of Liberty, London 1990, S. 63.

und sich mit diesen überschneidend. Hier etabliert sich die pluralistische Bürgergesellschaft mit ihren vielfältigen Interessen und Werten als ein Bereich zwischen Staat und Markt. Ist es da ein Wunder, dass dieser intermediäre Bereich zu allen Zeiten von uniformen ideologisch und politisch Mächtigen bekämpft wurde: sei es von den Jakobinern durch den loi Chapelle während der Französischen Revolution, den bonapartistisch-cäsaristischen Regimen des 19. Jahrhunderts, den ideologischen Diktaturen rechter wie linker Provenienz bis – wenngleich in abgeschwächter Form – zu der Klage über die Gefährdung der Einheit und Überparteilichkeit des Staates durch die Vielzahl der Gruppen in der deutschen etatistischen staatsrechtlichen Tradition.³⁷ Auch der populistische Kurzschluss von „Anführern“ und „Volk“ beruht nicht selten gerade auf dem Überspielen dieses Bereichs.³⁸

Die Vielfalt der kleinen Gruppen, ihre Unterschiedlichkeit, ihr Wettbewerb ist unvereinbar mit allen holistischen Gesellschaftskonzepten, die die Gesellschaft nach einem einheitlichen ideologischen Muster durchformen wollen. Denn ein derart komplexes System, wie es nun einmal ein großes Gemeinwesen darstellt, entzieht sich einer zentralen Steuerung. Komplexe Systeme, mit deren Eigenschaften sich mittlerweile große wissenschaftliche Institute etwa der Max-Planck-Gesellschaft oder das Frankfurt Institute for Advanced Studies (FIAS) befassen, zeichnen sich nämlich dadurch aus, dass sie Eigenschaften entwickeln, die sich aus der Kenntnis der Komponenten nicht ohne weiteres ableiten lassen. Deren hoher Vernetztheitsgrad bedingt, dass die Entwicklung solcher Systeme kaum zuverlässig prognostizierbar ist und dass sich kaum voraussagen lässt, welche langfristigen Folgen ein Eingriff haben wird. All das spricht für eine große Zurückhaltung gegenüber dirigistischen Eingriffen und für das Vertrauen auf die Selbstorganisationskraft der Gesellschaft mit ihren vielfältigen Gruppierungen.

Eine vielfältige Bürgergesellschaft stellt deshalb die unverzichtbare Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens dar. Lebendige Vereinigungen lassen sich als demokratische Schule verstehen. Sie leisten in unterschiedlichem Maße Beiträge zu den Voraussetzungen, auf die – nach dem viel zitierten Wort von *Ernst-Wolfgang Böckenförde* – der Staat angewiesen ist, die er selber aber nicht garantieren kann. Die Bürgergesellschaft wieder zu beleben hält deshalb auch

³⁷ Dazu R. Steinberg, Pluralismus und öffentliches Interesse als Problem der amerikanischen und deutschen Verbandslehre, Archiv des öffentlichen Rechts, 96 (1971), S. 465 ff.

³⁸ Vgl. ders., Repräsentation, a.a.O., S. 183 f.

Ralf Dahrendorf für eine zentrale Aufgabe. „Politische Demokratie ohne Bürgergesellschaft schwebt entweder in der Luft oder ist überfordert. Es ist ein Kernstück der funktionierenden Demokratie, dass die Bürger von ihr nicht alles verlangen.“³⁹

Einen positiven Beitrag zur Integration des Gemeinwesens vermögen Einrichtungen der Bürgergesellschaft aber nur zu leisten, wenn diese die grundlegenden Werte des demokratischen Gemeinwesens anerkennen und möglichst auch selber praktizieren. Letztlich lebt auch die Bürgergesellschaft wie auch der Staat von denselben Bedingungen: der Existenz und Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern sich zu engagieren. Hierzu bedarf es nicht nur freier Zeit, manchmal auch des Einsatzes finanzieller Mittel, sondern – noch wichtiger – von Wissen, Kenntnissen und sozialer Kompetenz.

Warum nun scheint dieses bürgerschaftliche Engagement schwächer zu werden? Dies hat sicherlich verschiedene Ursachen. Eine davon stellt die erwähnte zunehmende Individualisierung dar, die Vorliebe für das *bowling alone*. Eine andere mag darin liegen, dass – wie gesagt – sich das Bürgertum als soziale Gruppe verabschiedet hat, die wesentliche Schicht aber, die heute dieses Engagement trägt, die mittlere Schicht, sich unter Druck empfindet. Gar eine „Statuspanik“, eine grassierende Stimmung der Angst beobachtet *Heinz Bude* in der gesellschaftlichen Mitte.⁴⁰ Es gilt deshalb, diese Schicht nicht weiter zu schwächen und zahlreiche Politiken – Steuerrecht, Familienpolitik, Gesellschaftspolitik – mit ihren positiven wie negativen Auswirkungen in den Blick zu nehmen. Es muss dabei Sorge dafür getragen werden, dass der Zugang in diese gesellschaftlichen Bereiche offen bleibt – oder wieder geöffnet wird. Chancen für den Zugang in die gesellschaftliche Mitte muss auch die wachsende Gruppe der Zuwanderer erhalten. Es wäre äußerst kurzsichtig, die hier schlummernden Talente und Potentiale für unsere zukünftige Entwicklung nicht zu nutzen. Und es wäre gefährlich, hier – am unterem Ende der Gesellschaft – eine Parallelgesellschaft entstehen zu lassen. Nur so kann auch ein Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden. Dass sich auch Teile der wirtschaftlichen Oberschicht längst von ihrem lokalen Umfeld zugunsten eines globalen jet-sets verabschiedet haben, habe ich bereits erwähnt.

Könnte man sich heute noch vorstellen, dass Bürger – wie dies vor hundert Jahren in Frankfurt geschehen ist – eine Universität nicht nur gründen, sondern

³⁹ *Ralf Dahrendorf*, Auf der Suche nach der neuen Ordnung, 2. Aufl. München 2003, S. 111.

⁴⁰ *Heinz Bude*, Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014, S. 60 ff.

auch finanziell großzügig ausstatten? Es gibt noch mäzenatische Bürger – auch in Frankfurt oder hier in Bad Homburg, früher *Werner Reimers*, dem wir dieses Anwesen zu verdanken haben, heute *Johanna Quandt* – Ehrensenatorin und große Mäzenin der Goethe-Universität und des Frankfurt Institute for Advanced Studies – *Karin und Carlo Giersch*, die auf dem Riedberg-Campus das Giersch-Science-Center etabliert haben, in dessen Mittelpunkt ebenfalls das FIAS steht. Aber darüber hinaus fehlen weitgehend die früheren Unternehmer und Bankiers, die – wie gesagt - durch Manager und Banker ersetzt wurde. Mit fällt in Frankfurt nur noch eine Persönlichkeit ein, die dem Idealbild des Bankiers und klassischen Bürgers entspricht: der Frankfurter Ehrenbürger *Friedrich von Metzler*.

Es gilt deshalb, die Fähigkeit der Bürger zum sozialen Engagement zu stärken. Das kann auch durch finanzielle Anreize geschehen wie die Anhebung der sog. Übungsleiterpauschale oder die von der Regierung *Schröder* beschlossene deutliche Verbesserung der steuerlichen Begünstigung der Errichtung und Ausstattung von Stiftungen und Zustiftungen. Lobend erwähnen möchte ich auch das „matching“ von Stiftungsgeldern für die Goethe-Universität in Höhe von 50 Mio. Euro durch die Hessische Landesregierung 2007. Viele Universitätspräsidenten haben mir seinerzeit versichert, wie sehr sie sich eine Nachahmung durch ihre Landesregierungen gewünscht hätten. Eine Anreizwirkung entfaltet schließlich auch das Programm der Deutschland-Stipendien, bei dem der Bund zu den 1.800 Euro, die ein Bürger für einen Stipendiaten zahlt, einen ebenso hohen Betrag beisteuert. Die Goethe-Universität konnte im letzten Jahr auf diese Weise über 600 Stipendien verteilen - mehr als jede andere Universität in Deutschland. Bürgerschaftliches Engagement ist jedoch auch dadurch geweckt worden, dass beim Verkauf der Frankfurter Sparkasse ein beträchtliches nahezu totes Kapital gehoben und zum größten Teil in eine Stiftung der Polytechnischen Gesellschaft eingebracht wurde. Dies bewirkte gleichsam eine Initialzündung für die Bewirkung und Verstärkung von Bürgerlichkeit gerade in den Bereichen der Gesellschaft, die ihren Weg in die Bürgergesellschaft oftmals noch finden müssen.

Ein derartiges Engagement, lassen sie mich beispielsweise noch die Herbert Quandt-Stiftung hier in Bad Homburg oder den Verein Mentor nennen, der sich der Bildung benachteiligter Kinder verschrieben hat, sucht das bürgerschaftliche Engagements gerade auch der Gruppen der Gesellschaft zu stärken, die sich hier schwer tun. Auch hier ist noch einmal auf ihre

Bildungsarbeit hinzuweisen. Dadurch wollen sie den einzelnen Bürger in die Lage versetzen, dass dieser sich in den demokratischen Verfahren und Fragen orientieren und handeln kann. Dieses Angebot muss auch die Immigranten erreichen, die sich auf einen dauerhaften Aufenthalt in diesem Land eingerichtet haben und sich dort in ihrem gesellschaftlichen Umfeld einfinden müssen. Eigentlich müssten die Voraussetzungen politischer Bildung so gut sein wie nie zuvor: Denn noch nie gab es eine so große Zahl bestens ausgebildeter Menschen in unserem Land.

V. Schluss

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe mich vor allem mit zwei Voraussetzungen eines freiheitlichen Gemeinwesens beschäftigt: der selbstverantwortlichen Persönlichkeit zum einen, einer lebendigen Bürgergesellschaft zum andern. Es dürfte deutlich geworden sein, dass beide Voraussetzungen heute vielfach gefährdet sind. Diesen Gefährdungen zu begegnen stellt die zentrale Herausforderung für eine liberale Politik dar. Als eine elementare, wenngleich nicht einzige Voraussetzung sowohl zur Stärkung bürgerschaftlicher Tugenden wie auch der Bürgergesellschaft hat sich die Bildung erwiesen. Und für Bürger und Bürgergesellschaft müssen Räume erhalten oder geschaffen werden, in denen sie sich entfalten können.

Lassen Sie mich schließen mit einem kleinen Test:

An dem Rednerpult auf einer FDP-Neujahrsveranstaltung in diesem Jahr stand folgender Text:

„Jeder Einzelne hat es in der Hand: Veränderung, Chancen, Aufbruch. Unser Auftrag ist dabei klar: Stärken wir den Glauben der Menschen an sich selbst.“

Ein schöner Satz. Aber warum greift er zu kurz? Wenn Sie mir gefolgt sind, können Sie die Frage beantworten. Damit der Mensch sich gestaltend entfalten kann, reicht nicht der Glaube an sich selbst. Es müssen Voraussetzungen, Strukturen hinzukommen, die ihn dazu in die Lage versetzen. *Christian Lindner* hat unlängst zu Recht *Theodor Heuss* zitiert; „Wir müssen den Einzelnen stark

machen, damit er aus eigener Verantwortung etwas erreichen kann.“⁴¹ Und hinzuzufügen ist: damit er *in der Lage* ist, Verantwortung zu übernehmen. Diese Voraussetzungen hierfür muss zum einen der Staat schaffen, Staat im Sinne einer Recht und Rahmen setzenden, leistenden, gewährleistenden und Chancengleichheit sichernden Institution. Der Einzelne bedarf aber auch der Einbettung in eine stabile soziale Umgebung, in die Bürgergesellschaft, auch um den Staat nicht zu stark, nicht allmächtig, übermächtig auch als Fürsorgestaat werden zu lassen. Ein freiheitliches Gemeinwesen kann zu Beginn des 21. Jahrhunderts deshalb weder gelingen in einem etatistischen Obrigkeit- oder – so *Friedrich Naumann* – in einem „Bevormundungsstaat“⁴² aus staatssozialistischem Geiste⁴³ – noch in einer ausschließlich durch Markt und Wettbewerb getriebenen – neoliberalen, früher sagte man: „laissez faire“ – Sozialordnung. Die Menschen- und Persönlichkeitsrechte können sich nicht – so betont auch *Friedrich Naumann* vor mehr als 100 Jahren – selbst schützen. Sie sind – so unterstreicht er – „unter Ablehnung der falschen Lehre von der Allmacht des Staates“ angewiesen auf „Selbsthilfe der Beteiligten, freies Zusammenwirken der Gesellschaftsklassen“, aber auch „durch Einwirken der Gemeinden und des Staates“.⁴⁴ Diese Feststellung gilt heute, hundert Jahre später, mit erheblich stärkerer Berechtigung. Wir brauchen deshalb eine *sozial-liberale* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die ein Höchstmaß an freier Entfaltung für eine möglichst große Zahl von Menschen ermöglicht. Hier zielführende staatliche Aktivitäten zu entfalten, erfordert eine klare Analyse der Probleme und im Sinne einer Freiheitsverträglichkeitsprüfung und nach dem Maßstab des „*in dubio pro libertate*“ eine Auswahl unter den in Betracht kommenden Handlungsalternativen unter Einschluss der Nullvariante, d.h. des Nichtstuns. Auf diese Weise Entscheidungen zu treffen ist zweifellos mühsamer und weniger schneidig als der Hinweis: „Der Markt wird es schon richten“. Aber ich denke, dass nur in einer derart gestalteten Sozialordnung sich die Persönlichkeit des Einzelnen entfalten kann, die ihm die Möglichkeit der Veränderung, der Chancen und des Aufbruchs an die Hand gibt.

⁴¹ Interview in: FAS v. 8.2.2015, S. 19.

⁴² *Friedrich Naumann*, Die politischen Parteien, Berlin 1910, S. 98.

⁴³ Ebd., S. 25.

⁴⁴ Ebd., S. 104.